

# Konditionenwandel

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 3

68. Jahrgang

Berlin, den 19. November 1930

Nummer 93

### Zur besonderen Beachtung!

Vor jedem Konditionenwechsel ist es **unbedingte Pflicht** eines jeden Verbandsmitgliedes, bei dem Gauvorsitzer, zu dessen Gau die für den Stellungswechsel in Frage kommende Firma gehört, nach § 17 unserer Verbandsstatuten schriftlich Erkundigung einzuziehen. Besonders in der jetzigen Zeit, da einzelne Unternehmer auch in unserm Gewerbe durch Lohnabverfälschung beschuldigt sind, reaktionären Unternehmerparolen Gefolgschaft zu leisten, muß es als Beweis gewerkschaftlicher Solidarität beurteilt werden, solchen Bestrebungen in keiner Weise irgendwie Vorstoß zu leisten. In diesem Sinne hat die n u r den Gauvorsitzern des Verbandes vorbehaltenen Abstimmungsbeschlüsse, alle Kollegen vor Schaden zu bewahren, ohne die Freizügigkeit innerhalb des Verbandsgebietes zu unterbinden.

Der Vorstand einer jeden Mitgliedschaft des Verbandes ist verpflichtet, die Beachtung dieser Vorschrift bei jedem Stellungswechsel durch Einforderung der erhaltenen Auskunft nachzuprüfen. Das vollständige Druckortverzeichnis ist auf den Seiten 47 bis 64 der Verbandsstatuten zu finden und das Adressenverzeichnis der Gauvorsitzer war zuletzt der Nr. 80 des „Korr.“ vom 4. Oktober d. J. beigelegt.

### Der lehrhafte Streit

Der verhängnisvolle Schiedspruch in der deutschen Metallindustrie, seine verwüstenden politischen und sozialen Folgen wurden in den letzten Tagen so oft besprochen, daß wir darauf verzichten können, diese hier nochmals zu schildern. Das Urteil ist ganz einmütig darüber, daß den Metallarbeitern, die bereits durch Abbau der Löhne und Kurzarbeit scharf in Mitleidenschaft gezogen sind, eine kaum erträgliche Härte zugefügt wurde. Inzwischen erfahren wir auch, was die Vertrauensperson der Gewerkschaften, Professor Singheimer, diesen allgemein geachteten Vorkämpfer für das Recht der Arbeit, zu der Unterschrift des Schiedspruches bewog. Wir sind trotzdem der Meinung, er hätte besser getan, den Schiedspruch abzulehnen. In seiner Erklärung teilt Professor Singheimer mit, daß er grundsätzlich eine Lohnsenkung nicht als das geeignete Mittel für die Überwindung der Krise ansehe und alle Bedenken teile, die dagegen von wissenschaftlicher und gewerkschaftlicher Seite erhoben worden sind.

Die Unternehmer werden in ihren Lohnsenkungsbestrebungen durch den Schiedspruch bestärkt und von der Regierung unterstützt. Die Regierung redet davon, daß die Lohnsenkung von Preisentzügen begleitet werden soll und daß diese Preisentzügen zur Behebung der Arbeitslosigkeit das geeignete Mittel sei. Man fordert die Lohnsenkung als ein Opfer, das die Beschäftigten ihren arbeitslosen Kollegen bringen müssen, um sie in Brot zu setzen. Würde diese Behauptung zu Recht bestehen, so könnte man damit einverstanden sein, daß das Opfer gebracht wird; obwohl auch dann es nicht den schwächsten Schultern aufgebürdet werden sollte. Der Berliner Schiedspruch ist deshalb so besonders grausam, da selbst die geringsten Einkommen von der Lohnsenkung nicht ausgeschlossen wurden.

Man wird in der Frage der Lohnsenkung unter keinen Umständen zu einem richtigen Ergebnis gelangen, wenn man nicht zum Ausgangspunkt die gewaltige Steigerung der Leistungsfähigkeit in einem großen Teil der deutschen Industrieerzeugung nimmt. Durch die Rationalisierung wurden Millionen von Arbeitskräften freigesetzt, gleichzeitig aber die Produktionsanlagen in einer ganzen Anzahl von Industriezweigen so stark ausgebaut, daß sie selbst im Falle einer guten Konjunktur nicht ausgenutzt werden können. Für die Verschärfung der gegenwärtigen Krise sind noch viele Momente verantwortlich: politische Unsicherheit, Kapitalflucht, die Not der Gemeindefinanzen, die Schwierigkeiten der Kapitalzufuhr vom Ausland u. a. Die entscheidende Tatsache jedoch, durch die die gegenwärtige Krise bestimmt wird, liegt darin, daß auf der einen Seite die Erstellung von Produktionsanlagen heute in großen Teilen der Industrie bereits beendet ist und daher eine neue Anlagentätigkeit in diesen Industriezweigen zunächst nicht erfolgen kann, zum andern darin, daß infolge der gewaltigen Arbeitslosigkeit keine Nachfrage nach den

Waren vorhanden ist, die mit Hilfe des vergrößerten Produktionsapparates hergestellt werden könnten.

Die Lohnsenkung bewirkt Verschiebungen der Kaufkraft. Diese Verschiebungen erfolgen jeweils anders, je nachdem ob 1. die Lohnsenkung ohne entsprechende Preisentzügen durchgeführt wird, ob 2. die Preise weniger als die Löhne gesenkt und ob 3. die Preise entsprechend der Lohnsenkung ermäßigt werden. Sehen wir uns an, wie weit Spielraum für die Unterbringung von Arbeitslosen bei jeder dieser drei Möglichkeiten vorhanden ist. Da sowohl die Arbeiter wie die Rentner und Festbesoldeten Konsumartikel kaufen und nicht Produktionsmittel, so müssen wir unter dem Gesichtspunkt ihrer Kaufkraft die Preisentzügen nur so weit berücksichtigen, als es sich um die Preise für Verbrauchsartikel und Dienstleistungen (Miete, Verkehr), d. h. um die Senkung der Lebenshaltungskosten, handelt. Die Preisentzügen für Produktionsmittel kommt nur so weit in Frage, als sie mittelbar zur Preisentzügen der Lebenshaltungskosten führt.

1. Die Löhne werden gesenkt und die Preise fallen nicht. Diese Möglichkeit ist trotz aller Beteuerungen der Regierung nicht von der Hand zu weisen, die Kosten für Ernährung durch die Steuerlast der eine steigende Tendenz aufweisen, die Steuerlast der Arbeiter sich erhöht, die Mieten ebenfalls in die Höhe gehen und die öffentlichen Dienstleistungen infolge der Finanzkrise verteuert werden. Kein Zweifel, daß die Unternehmer eine solche Lohnsenkung wünschen, die nicht von Preisentzügen begleitet ist. Sie machen kein Hehl daraus, da sie die Erhöhung der Rentabilität als ein Ziel ihrer Politik betrachten und durch Lohnsenkung erwarten.

Was geschieht dann, wenn die Löhne ohne Preisentzügen gesenkt werden? Es erfolgt eine Kaufkraftverschiebung zugunsten der Unternehmer. Die Nachfrage der Arbeiterschaft nach Verbrauchsartikeln wird weiter zurückgehen. Wer nun aber denkt, daß dieser Ausfall ausgeglichen wird dadurch, daß die Unternehmer auf Grund ihrer erhöhten Gewinne ihre Anlagentätigkeit erheblich erweitern, verkennt die gegenwärtige Lage gründlich. Weshalb soll der Unternehmer Neuanlagen aufzuführen, die bestehenden erweitern? Die inländische Nachfrage sinkt. Er könnte allerdings, wie angenommen wird, mehr als früher exportieren, wenn seine Selbstkosten sinken. Auch das ist aber eine unsichere, ja falsche Annahme. Wir müssen darauf gefaßt sein, daß die Ausfuhr weitgehend unabhängig von unserer Preisstellung auf dem Weltmarkt zurückgehen wird, da die Kaufkraft jener Länder, wohin wir die Waren ausführen, gerade infolge des Preissturzes für die Rohstoffe, die wir von ihnen billig beziehen, geschmälert, ihre Aufnahmefähigkeit für unsere Produkte eingeschränkt wurde. Selbst aber im Fall, daß die Nachfrage nach Konsumartikeln nicht nachlassen würde, brauchte der Unternehmer seine Anlagen, die bereits überdimensioniert sind, nicht auszudehnen. Es gibt freilich noch viele Anlagemöglichkeiten in der deutschen Wirtschaft: im Wohnungsbau, bei den öffentlichen Betrieben, aber auch in der Privatwirtschaft, sofern es sich um konsumnahe Industrien handelt. Jedoch führt Lohnsenkung auch hier nicht zum Ziel, mit andern Worten, von der Lohnsenkung kann man eine baldige Erweiterung der Anlagentätigkeit nicht erwarten. Deshalb würde Lohnsenkung ohne Preisentzügen im wesentlichen einer Kaufkraftverminderung gleichkommen. Lebendige Kaufkraft würde in eine tote verwandelt. Die Unternehmer könnten mit ihren Gewinnen nichts anfangen, diese würden auf dem Geldmarkt nutzlos herumschwimmen oder ihren Weg nach dem Ausland finden.

2. Die Löhne werden gesenkt, auch die Preise fallen; jedoch nicht so stark wie die Löhne. Erfolg: die Arbeiterschaft kann weniger kaufen, die Bezüher fester Einkommen (Rentner, Festbesoldete, soweit ihre Bezüge nicht geschmälert werden, Unternehmer für ihren persönlichen Gebrauch) mehr. Die Unternehmensgewinne steigen, jedoch in geringerem Umfang wie im ersten Fall. Man sieht nicht, wie bei dieser Senkung die Arbeitslosigkeit behoben werden könnte. Die Gesamtkaufkraft wird in einer Weise verschoben, daß die Nachfrage nach Verbrauchsartikeln nicht steigen kann. Macht doch die Arbeiterschaft die große Masse der Konsumenten aus. Ihr Kaufkraftausfall könnte durch die verstärkte Kaufkraft der übrigen Schichten für Konsumartikel nicht einmal ausgeglichen, geschweige denn überholt werden. Für Anlagentätigkeit aus erhöhten Gewinnen bliebe hier ebensowenig Spielraum wie bei dem ersten Fall. Diese Lösung würde im besten Fall eine arge Verschärfung der

Krise verhindern, keineswegs aber zur Erleichterung der Arbeitslosigkeit führen.

3. Die Preisentzügen hält mit der Lohnsenkung Schritt. Die Arbeiterschaft kann eben so viel wie bisher kaufen. Die andern Schichten — Rentner, Festbesoldete, Unternehmer — können mehr als bisher Verbrauchsartikel nachfragen. Der Unternehmensgewinn bleibt zunächst auf der alten Höhe und steigt dann in der Folge durch die bessere Ausnutzung der Produktionsanlagen.

Dieses wäre der günstigste Fall, der vielen Anhängern der Lohnsenkung mit gleichzeitiger Preisentzügen vorschwebt. Es muß füglich bezweifelt werden, daß dieser Fall eintreten kann. Die Gründe dafür haben wir schon oben angedeutet. Hier soll nur noch auf die Rolle der Handelszuschläge, die besonders schwer gelockert werden können, hingewiesen werden.

Nehmen wir aber das Unwahrscheinliche an, daß nämlich die Preise in dem Umfang der Lohnsenkung ermäßigt werden. Glaubt man, daß in diesem Fall ein großer Teil der Arbeitslosen in der Produktion untergebracht werden kann? Die Nachfrage nach Konsumartikeln würde in diesem Fall nur um ein wenig erhöht werden, nämlich um die vermehrte Nachfrage der andern Volksschichten außerhalb der Arbeiterkreise, deren Einkommen gleichgeblieben ist. Jedoch kann in der rationalisierten Produktion eine viel größere Produktmenge als heute mit einer geringen Vermehrung der Belegschaft hergestellt werden. Und damit kommen wir zum entscheidenden Punkt. Denn unter solchen Umständen kann die Auffassung des Arbeitslosenheeres, soweit das heute überhaupt möglich ist, allein durch eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit erreicht werden.

Wie immer und von welcher Seite aus man das Problem betrachtet, man kommt unfehlbar zum Schluß, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt Lohnsenkung als „Heilmittel“ schlimmer als eine Krankheit ist. Sie würde die Krise mit aller Wahrscheinlichkeit verschärfen, in dem unwahrscheinlichen Fall, daß die Lebenshaltungskosten im selben Umfang wie die Löhne sinken, vielleicht etwas erleichtern, sie kann aber unter keinen Umständen heute zur Auflösung des Arbeitslosenheeres führen. Und da es jetzt vor allem darauf ankommt, gefährdet den Feldzug gegen die Löhne gerade das Schicksal des Arbeitslosen.

### Der politische Aufbau der Wirtschaft und die Gewerkschaften

Es ringen im Staate die Parteien und Organisationen, von denen eine jede ein bestimmtes und ihr zugrunde liegendes Interesse vertritt, in zähem und hartem Kampfe miteinander um den Einfluß und die Erreichung ihres Zieles. Je nach ihrer Stärke werden sie in den Stand gesetzt, ihren Willen durchzusetzen. Und dieses zweckbewußte Handeln zur Erreichung von sozialer Macht nennen wir Politik. Wir haben es demnach bei aller Politik mit einem Herrschaftsproblem zu tun. Die politischen Interessengruppen treten jedoch auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens zutage, und aus diesem Grunde gibt es auch verschiedene Arten von Politik. Die Vertretung der Staatsinteressen eines Volkes der Welt gegenüber fällt in das Gebiet der Außenpolitik, die Lösung der sozialen Frage ist eine Aufgabe der Sozialpolitik. Daneben gibt es noch eine Handels- und Zollpolitik, eine Kulturpolitik und nicht zuletzt das vielleicht das wichtigste Glied dieser Kette die Wirtschaftspolitik, mit der wir uns jetzt etwas näher beschäftigen wollen.

Alle Vorgänge, Handlungen und Zustände, die der körperlichen und geistigen Betätigung der Menschen dienen, spielen sich im Wirtschaftsleben ab. Deshalb zeigt sich auch hier ein steter Kampf um Einfluß und soziale Macht. Nun ist aber niemals eine einzelne Person wirtschaftspolitisch aktionsfähig, sondern es müssen immer Gruppen, Interessengemeinschaften sein. Die Entscheidung in allen wirtschaftspolitischen Dingen richtet sich immer nach den Kräften, die gegeneinander wirken. Was sind nun soziale Organisationen, was Interessengemeinschaften? Da haben wir in allererster Linie als den größten Verband den Staat zu nennen. Bei den Interessengemeinschaften haben wir zu unterscheiden zwischen solchen mit amtlichem und nichtamtlichem Charakter. Amtliche Interessengemeinschaften sind z. B.:

1. Industrie- und Handelskammern (halbamtlicher Charakter);

- 2. Handwerkskammern und Gewerkskammern (Deutscher Industrie- und Handwerkskammertag);
- 3. Landwirtschaftskammern (Deutscher Landwirtschaftsrat);
- 4. Arbeitskammern (Bergbau, Ruhrgebiet);
- 5. Arbeiterkammern.

Von den nichtamtlichen Interessengemeinschaften seien genannt:

- a) auf Unternehmerseite:
  1. Reichsverband der Deutschen Industrie;
  2. Zentralverband des Deutschen Großhandels;
  3. Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels;
  4. Zentralverband des Deutschen Bankiers- und Bankgewerbes;
  5. Reichsverband der Privatversicherung;
  6. Reichsverband des Verkehrs-gewerbes;
  7. Reichsverband des Handwerks;
  8. Handbuch für Handel, Gewerbe und Industrie.
- b) auf Arbeiterseite:
  1. Freie Gewerkschaften: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund;
  2. Christliche Gewerkschaften: Deutscher Gewerkschaftsbund;
  3. Sozialdemokratische Gewerkschaften: Gewerkschaftszentrale der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände;
  4. Gelbe Gewerkschaften: Nationalverband Deutscher Berufsverbände.
- c) Siedlungsgesellschaften;
- d) Genossenschaften.

Die Auseinandersetzung zwischen den einzelnen Gruppen untereinander ist der Klassenkampf. Der Verband Staat als Rahmen für die Klassen zusammen, gleicht die Schwierigkeiten aus. Die Wissenschaft kann den Inhalt des politischen Tuns nicht bestimmen. Sie kann nur die Regeln aufstellen, die Theorien angeben und den Weg aufzeigen, der gegangen werden muß, um das Ziel zu erreichen. Bismarck sagte einmal: „Politik ist keine Wissenschaft, man kann sie nicht erlernen, man muß dazu begabt sein“. Dies trifft auch für die Wirtschaftspolitik in vollem Maße zu. Nach dieser kurzen Einleitung wollen wir uns jetzt unsern wirtschaftspolitischen Betrachtungen selbst zuwenden.

Der Wirtschaftsprozess spielt sich im gegenwärtigen Stadium in einer so komplizierten Form ab, daß wir ihn mit einem Mechanismus vergleichen können. Wie hier ein Rad das andere bewegt und ein jedes Teil eine bestimmte Aufgabe zu erfüllen hat, so laufen auch im heutigen Wirtschaftsprozess die Fäden zueinander und ineinander und gegeneinander und alles hat seine bestimmte Bedeutung. Es ist deshalb notwendig, daß wir uns zunächst einmal ein Bild davon machen, wie sich das Wirtschaftsleben abspielt. Dabei dient uns als Hilfsmittel das wirtschaftspolitische Stromliniennezz, das der Physiokrat Quesnay als das sogenannte „tableau économique“ entworfen hat. Es stellt den Kreislauf des Wirtschaft, dar, und soll uns nicht als Unterlage dienen. Zunächst ist es notwendig, daß wir uns einmal über die wichtigsten, kapitalwirtschaftlichen Begriffe Klarheit verschaffen. Wir beginnen mit der Produktion. Unter Produktion versteht man das Befahren, mit Hilfe von produktiven Kräften innerhalb der Wirtschaft Produktivgüter zu Konsumgütern umzuwandeln und der Wirtschaft zur Verfügung zu stellen. Die Grundlage aller Produktion ist demnach das Vorhandensein produktiver Güter und produktiver Kräfte. Von den Produktivgütern stehen an erster Stelle der Grund und Boden und die Lagerstätten von Rohstoffen, Erzen, Kohle usw. Daneben ist es notwendig, daß durch Bodenbeschaffenheit und Klima die Auswertung dieser Güter

Die Produktionskräfte sind in unmittelbarer Form im Reiche der organischen Lebewelt zu suchen. Tier und Mensch bilden biologische Energien heraus, die als produktive Kräfte Verwendung finden. Das Reich der anorganischen Materie liefert uns durch die Naturkräfte (Wasser, Elektrizität, Wind und Luft) produktive Kräfte. Auf diesen beiden Grundlagen baut sich alle Produktion auf. Es würde zu weit führen, wollten wir im Rahmen dieser Arbeit die geschichtliche Entwicklung den technischen, organisatorischen, rechtlichen und politischen Aufbau der Produktion ausführlich behandeln.

Gegenüber der Produktion steht die Konsumtion; worunter wir den Verbrauch der Güter zu verstehen haben. Er beruht zunächst einmal auf den Bedürfnissen, die der Mensch hat (Nahrung, Kleidung, Wohnung, Kulturgüter). Diesen Konsum nennen wir den unmittelbaren oder direkten Konsum. Zu ihm gesellt sich der mittelbare oder indirekte Konsum, der auf dem Verbrauch von Gütern beruht, die einerseits der Verarbeitung zum Konsumgut (Wolle zu Stoffen, Leder zu Schuhen usw.) und andererseits der Bewältigung des Produktionsapparates (Eisenbahnen, Zehen, Maschinen, Schiffe usw.) dienen. Bestimmt wird der Konsum durch verschiedene Faktoren. Da ist an erster Stelle der Mensch und seine jeweilig vorhandenen Bedürfnisse zu nennen. Weiterhin ist von ausschlaggebender Bedeutung die Menge von Menschen, für welche der Konsum bereitsteht und die für den Konsum zur Verfügung stehende Menge von Waren. Dazu tritt noch der Umstand, daß in gewissen Zeiträumen die Bedürfnisse neu befristet werden müssen (z. B. Kleidung, Saisonwechsel, Mode). Die Länge dieser Zeiträume spielt für den Konsum eine entscheidende Rolle.

Die Aufgabe, alle produzierten Güter dem Konsumenten auszuführen, fällt dem Handel zu. Durch ihn wird der Warenaustausch vollzogen, und zwar geschieht dies auf dem Warenmarkt. In früheren Zeiten, als noch der Tauschhandel bestand, kam der Bauer mit seinen Erzeugnissen auf den Markt, der in der Stadt abgehakt wurde. Hier taufchte er seine mitgebrachte Ware gegen andre ein, die er ebenfalls benötigte, aber selbst nicht herstellen konnte. Heute sind die Messen und Börsen die großen Märkte, wo sich Konsument und Produzent treffen. Aber auch alle andern Stellen, wo Ware gehandelt wird, fallen unter den Begriff des Marktes. Der Tauschhandel ist in der Gegenwart nicht mehr möglich. Man mußte sich ein Hilfsmittel schaffen, nämlich das Geld. Geld ist das Blut der Wirtschaft, es belebt erst den ganzen Kreislauf. Wirtschaftlich legitimiert durch seine staatliche Anerkennung, ist es ein Behälter der Kaufkraft, die sich nach der Höhe des Preises richtet. Der Preis wiederum wird auf dem Markt durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Das Geld hat vier volkswirtschaftliche Funktionen zu erfüllen. Es ist Zahlungsmittel, Wertmaßstab, Wertmesser und Wertvermittlungs-mittel. Wertmesser. „Müssen wir unterscheiden zwischen notalem und giralem Geld. Girales ist das Bargeld, welches als direktes Zahlungsmittel im Verkehr steht, und das zweite ist das Geld, das in Form von Wechseln, Schecks, Devisen und andern Wertpapieren nur zu Papier steht und dem barzelblosen Zahlungsverkehr dient. Es gibt nun gleich dem Warenmarkt auch einen Geldmarkt, den wir in der Form der Renten vorfinden. Die kapitalistische Wirtschaft hat noch einen dritten Markt geschaffen, das ist der Arbeitsmarkt. Von hier erhält der Unternehmer die Arbeitskräfte, die er benötigt, und zum Arbeitsmarkt zurück fließen alle frei gewordenen Arbeitskräfte, um sich

dem inneren Markt auch noch den Weltmarkt. Hier vollzieht sich der Warenaustausch von Land zu Land, von Erdteil zu Erdteil. Allerdings erfährt der internationale Warenaustausch eine künstliche Einschränkung. Dies geschieht durch die Zölle. Die einzelnen Länder haben sich Zollgrenzen geschaffen, die folgenden Zwecken dienen sollen:

1. Schutz-zoll: Die einheimische Industrie soll vor Überflutung geschützt werden;
2. Erziehung-zoll: Es soll im eignen Land eine neue Industrie großgezogen werden;
3. Erhaltung-zoll: Man will bestehende Industrien erhalten;
4. Agrarzoll: Die agrarische Grundlage des Landes soll verstärkt und aufgebaut werden.

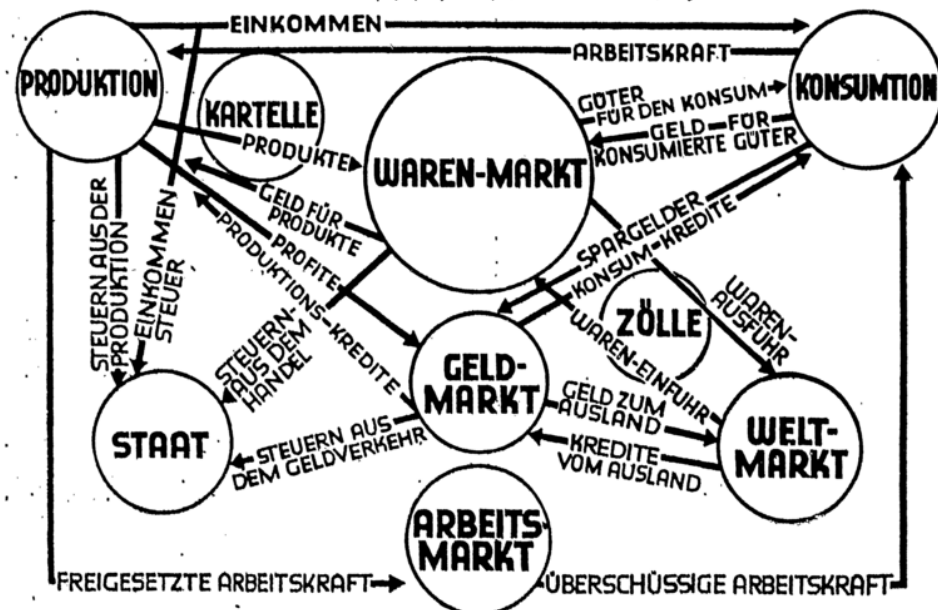
Eine nicht geringe Rolle im kapitalistischen Wirtschaftssystem spielen die Kartelle. Wir verstehen unter einem Kartell eine Vereinigung von Unternehmern zum Zweck einer einseitigen Preisbildung und einer Beeinflussung des Marktes. Es gibt verschiedene Arten von Kartellen, so z. B. Gebietskartelle, Produktionskartelle, Preiskartelle, Kartelle mit Auftrags-, Angebots- und Gewinnverteilung.

Wir haben nun noch den Staat zu betrachten. Sein Einfluß auf die Wirtschaft ist heute noch ziemlich gering. Er soll das Wirtschaftsleben überwachern, trasse Gegenseite zu beseitigen versuchen und den Ablauf der Wirtschaft reibungslos gestalten. Als Steuern bezieht er aus allen Zweigen der Wirtschaft seine Einnahmen.

Nach dieser kurzen Darstellung einiger wirtschaftlicher Grundbegriffe wenden wir uns jetzt dem wirtschaftlichen Stromliniennezz selbst zu. Da haben wir es zuerst mit dem Kreislauf der Produktion zu tun. Alle erzeugten Produkte wandern aus der Produktion auf den Markt und von diesem als Güter oder Waren in die Konsumtion. Zum Zweck der Bereitstellung neuer Produkte stellt der Konsument seine Arbeitskraft der Produktion zur Verfügung. Damit ist dieser Kreis geschlossen. In entgegengesetzter Richtung läuft der Kreislauf der Konsumtion. Der Konsument kauft mit Hilfe des Geldes auf dem Markt seine Waren ein. Vom Markt wandert dieses Geld in die Produktion, denn auch der Handel muß die Produkte bezahlen. Aus der Produktion läuft nun das vom Markt kommende Geld als Einkommen (Löhne und Gehälter) zurück zur Konsumtion. Damit schließt sich auch der zweite Kreis. Es stehen aber Produktion und Konsumtion nicht nur mit dem Warenmarkt, sondern auch mit dem Geldmarkt in Verbindung. Es ist ja bekannt, daß der Unternehmer teurer verkauft, als die Herstellungskosten betragen. Diese Differenz zwischen wirklichem und Marktpreis ist der Profit des Unternehmers. Er wandert auf unserm Schema zum Geldmarkt und bildet hier das Privatvermögen des Unternehmers. Jedoch auch der Geldmarkt gibt an die Produktion Kapitalien, und zwar in der Form von Krediten. Aus der Konsumtion wandert alles nicht unmittelbare verbrauchte Geld auf den Geldmarkt. Das sind die Spargelder. Ihnen gegenüber stehen die Konsumkredite, die der Geldmarkt seinerseits an die Konsumtion abgibt. Aber auch zum Ausland wandert Geld. Zunächst einmal müssen alle eingeführten Waren bezahlt werden. Weiterhin legt das Unternehmertum einen Teil seines Kapitals im Ausland an. Man nennt das auch Kapitalflucht. Nicht zu vergessen sind hierbei auch die Reparationsgelder, die vom deutschen Geldmarkt ins Ausland fließen. Aber auch vom Ausland kommt Geld herein, und zwar in der Form der Auslandsanleihen. Die Verbindung des inneren Marktes mit dem Weltmarkt besteht in der Form des Welthandels. Wir müssen, um produzieren zu können, eine Wareneinfuhr haben. Denn Deutschland ist arm an Rohstoffen, es muß dieselben vom Ausland beziehen, will es seine Industrien aufrecht erhalten. Ebenfalls ist Deutschland auf eine Einfuhr von Agrarprodukten angewiesen. Gegenüber Deutschlands Wareneinfuhr steht seine Ausfuhr. Diese besteht in der Hauptfache in Fertigfabrikaten (Maschinen, Werkzeugen usw.). Daraus ist ersichtlich, daß wir ein Industrie-land sind, dessen wirtschaftliche Hauptaufgabe darin besteht, Produktivgüter zu Konsumgütern zu verarbeiten.

Wir kommen nun zu den Steuern. Der Staat bezieht, wie wir schon gesehen haben, aus der Wirtschaft seine Einnahmen. Er braucht diese Einnahmen zur Befriedigung kollektiver Bedürfnisse (allgemeine Verwaltung, Staats- und Rechtspflege, Bildungswesen, Wohlfahrtswesen, Wohnungs-wesen, Wirtschaft und Verkehr, öffentliche Anstalten, Schuldendienst, Kriegskosten). Wir haben eine ganze Reihe verschiedener Steuern. Aus dem Einkommen fließen die Einkommensteuer, Kapitalertragssteuer, Körperschaftsteuer. Daneben gibt es noch eine Vermögenssteuer. Eine typische Steuer aus der Produktion ist die Umsatzsteuer. Der Geldverkehr wird durch die Gesellschaftsteuer, Wertpapiersteuer, Börsenumsatzsteuer und Wechselsteuer zu Abgaben an den Staat verpflichtet. Neben den Steuern aus Einkommen und Vermögen stehen die Verbrauchssteuern. Hiervon seien genannt: Tabaksteuer, Zuckersteuer, Biersteuer, Branntweinsteuer, Essigsäuresteuer, Schaumweinsteuer, Zinwarensteuer, Leuchtmittelsteuer, Spielkartensteuer, Süßstoffsteuer. Der Staat hat sich also eine ganze hübsche Anzahl von Einnahmequellen geschaffen. Unser Schema zeigt noch zwei Linien. Die erste läuft von der Produktion zum Arbeitsmarkt und ist bezeichnet als freigesetzte Arbeitskraft. Ich glaube, das Heer der Erwerbslosen, die alle aus dem Produktionsprozess ausgestoßen sind, charakterisiert diese Linie zur Genüge. Vom Arbeitsmarkt läuft diese Linie aber auch zur Konsumtion, denn auch der Erwerbslose will seinen Hunger stillen. Damit würde die Betrachtung unseres Stromliniennezzes abgeschlossen sein, und wir wenden uns nun der Frage zu, wie und auf welche Weise die Gewerkschaften und die politi-

Das wirtschaftspolitische Stromliniennezz



ermöglicht wird. Weiterhin müssen natürliche und ausbaufähige Verkehrswege (Ströme, Kanäle usw.) vorhanden sein. Auch muß es die geologische Struktur eines Landes gestalten, künstliche Verkehrswege (Eisenbahnen, Autostraßen usw.) zu schaffen. Eine weitere Grundlage aller Produktion ist das Vorhandensein einer produktiven und konsumtiven Bevölkerungsmenge.

neu anzubieten. Auch auf dem Arbeits- wie auf dem Geldmarkt regiert im Rahmen der privatkapitalistischen Wirtschaftsform das Gesetz von Angebot und Nachfrage. Der Kapitalismus hat nicht an den Grenzen des eignen Landes haltgemacht. Heute spannt die Wirtschaft ihre Fäden von einem Land zum andern, die ganze Welt ist ein einziges großes Wirtschaftsnetz. Deshalb gibt es neben



ischen Arbeiterparteien im Interesse des schaffenden Volkes dieses Stromkinnens zu beeinflussen haben.

Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten. Das macht ihren Eintritt in den wirtschaftspolitischen Kampf notwendig. Hierbei müssen zwei Wege beschritten werden. Soweit der Einfluß auf das Wirtschaftsleben auf der Grundlage der Gesetzgebung beruht, z. B. bei der Zoll- und Handelspolitik, treten sie mit ihren Forderungen und Vorschlägen an diejenige politische Partei heran, die im Parlament die Interessen der Arbeiterklasse vertritt. In dieser Zusammenarbeit von Partei und Gewerkschaften liegt ein gewaltiges Stück Stoffarbeit verborgen. Der andre Weg ist die Auseinandersetzung mit dem wirtschaftlichen Gegner, dem Unternehmertum, selbst. Dieser wird von den Gewerkschaften auf dem Gebiet der Lohn- und Tarifpolitik beschritten.

Die Wirtschaft ist die materielle Basis, auf der sich alles aufbaut. Ihr Sinn und Zweck ist die mannigfaltige, reichhaltige und nachhaltige Güterversorgung aller Mitglieder der Volkswirtschaft mit dem geringsten Aufwand an Kräften. Die kapitalistische Wirtschaft wird diesen Zweck nicht erfüllen können, denn sie ist keine gesellschaftlich-gesamte Volkswirtschaft, sondern eine Privatwirtschaft, sie kennt kein Verantwortungsbewußtsein dem Volksgangen gegenüber; das Streben nach Gewinn ist ihre eigene Triebkraft. Deshalb ist dieses Wirtschaftssystem abänderungsbedürftig. Es gilt nun zu untersuchen, wo die Hebel angelegt werden müssen, um zu einer gesunden Volkswirtschaft zu gelangen. Wir bedienen uns hierbei wieder unseres Schemas. Da fällt uns gleich zuerst die Linie auf, die von der Produktion zum Markt läuft und von dem Kartellkreis unterbrochen wird. Die Kartelle setzen durch ihren Einfluß einen Marktpreis fest, der oft weit über dem wirklichen Wert der Ware liegt. Dies geschieht, um einen möglichst hohen Produzentengewinn zu sichern. Es muß deshalb die Kartellpolitik überwacht und im Interesse des Konsumenten beeinflusst werden. Auch der Markt selbst bedarf einer genaueren Beobachtung. Hier ist ebenfalls eine Preiskontrolle am Platze. Daneben muß das Augenmerk auf eine möglichst weitgehende Ausschaltung des Zwischenhandels gerichtet werden, denn auch der Zwischenhandel verteuert die Waren. Ebenfalls die Einkommenslinie bedarf einer Beeinflussung. Der Arbeiter muß in den Stand gesetzt werden, möglichst viel Güter zu verbrauchen. Dies erst ermöglicht gesteigerte Produktion und damit Belebung der Wirtschaft. Es muß also das Ziel der Gewerkschaften sein, im Lohn eine hohe Kaufkraft zu verankern. Dabei wird man es nicht vermeiden können, die Profitrate des Unternehmers anzugreifen. Dies ist auch sehr gut möglich. Hat doch das Unternehmertum, um nur ein Beispiel anzuführen, bis jetzt alle Vorteile der Rationalisierung für sich allein in Anspruch genommen.

Nun ein Wort zum Außenhandels-Deutschland als Zirkularkraft ist gezwungen, seine Waren auf dem Weltmarkt zu verkaufen. Aus diesem Grunde muß auf eine Förderung des Außenhandels hingewirkt werden. Dies kann aber nur geschehen, wenn die Zollpolitik einen andern Kurs einnimmt. Jeder Zoll schließt die gewollte Absatz in sich, die Preise im Inland zu erhöhen. Dies geschieht selbst dann, wenn Handelsverträge als unausbleibliche Folge eintreten. Die Agrarzölle z. B., die heute ungefähr das 24fache der von Bismarck eingeführten Zölle betragen, dürfen nicht bestehen bleiben. Denn sie erhöhen in ihrer letzten Auswirkung ja nur die Grundrente, ein arbeitsloses Einkommen. Die deutsche Landwirtschaft muß sich umstellen. Durch Rationalisierung ihres Betriebes und durch Schaffung der richtigen Betriebsgrößen muß sie sich auf einen neuen Basis zu entwickeln versuchen. Wir brauchen eine europäische Gesamtwirtschaft. Um hierzu zu gelangen, müssen wir den Weg der Zentralisation einschlagen und die Zollgrenzen, die sich die Länder künstlich geschaffen haben, beseitigen. Es muß der frische Wind des freien Wettbewerbes wieder wehen können.

Neben der Zollpolitik ist es auch noch die Finanzpolitik, die wir uns ansehen müssen. Zunächst das Geld, welches zum Ausland wandert. Da tritt uns hier besonders das Reparationsproblem entgegen. Es liegt leider im Wesen eines jeden Krieges, daß man dem Land, das im Kampf unterliegt, Tributzahlungen auferlegt. Wenn wir uns die Reparationspolitik bis heute ansehen, so können wir jedoch feststellen, daß durch eine klare und vernünftige Beständigkeitspolitik die Kriegslasten immer mehr und mehr gemindert worden sind. Auch der Youngplan stellt noch nicht die letzte Regelung dar. Für uns als Arbeiter erwächst als Hauptaufgabe, eine gerechte Verteilung der Lasten zu erzielen, so daß nicht alles auf die Schultern der breiten Massen abgewälzt wird. Es fließt aber noch mehr Geld in das Ausland, und zwar als deutsches Anlagekapital in fremden Ländern. Hier ist ein besonders unangenehmes Auge der Arbeiterschaft notwendig. Denn der Zweck dieser Kapitalanlage im Ausland ist Steuerflucht. Wenn wir bedenken, daß ungefähr 12 Milliarden Mark deutsches Kapital im Ausland untergebracht sind, so können wir ermaßen, welche Einnahmequelle hier dem Staat verloren geht. Das ist die wahre Vaterlandsliebe der deutschen Unternehmer. Entgegen der Kapitalausfuhr steht die Kapitaleinfuhr in Form der Kredite und Auslandsanleihen. Wir brauchen langfristige Kredite, z. B. zur Belebung des Wohnungsmarktes. Auch muß auf eine Herabsetzung der Zinsfuß hingewirkt werden. Bei der Steuerpolitik zeigt sich ebenfalls eine einseitige Interessenwahrung. Von den 9 Milliarden Mark Einnahmen, die dem Staat im letzten Jahre zugeflossen sind, waren 6 Milliarden Mark Massenbelastung und nur 3 Milliarden Mark Kapitalbelastung.

Nun zum Schluß unserer Betrachtung das traurigste Kapitel der deutschen Volkswirtschaft, das Arbeitslosenproblem. Von Tag zu Tag wächst die Riesenarmee der aus dem Produktionsprozeß ausgeschlossenen Arbeiter. Arbeitslosigkeit ist eine der trübsten Begleitererscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft und schon seit ihrem Bestehen wechselt Krise mit guter Konjunktur. Über die Nachkriegszeit hat eine ganz besonders schwere Krise hervorgerufen. Der Kapitalismus ist heute in allen Staaten eingezogen, die Maschine ist bis in den entferntesten Winkel der Welt vorgedrungen. Man hat die Produktion an den Ort der Rohstoffquellen verlegt, was natürlich den Export an Konsumgütern sehr erhöht. Dieser Vorgang wurde durch den Krieg beschleunigt. Ein zweiter wichtiger Grund der heutigen Krise ist in der Rationalisierung zu suchen. Man erhofft durch die Technisierung der Wirtschaft die Produktion und löst gleichzeitig immer mehr Arbeitskräfte ab. Die Arbeiterschaft lehnt den technischen Fortschritt nicht ab, aber sie muß fordern, daß nicht nur der Unternehmer, sondern auch sie Nutzen und Vorteile davon hat. Mehr Anteil am Sozialprodukt, das ist die berechtigte Forderung der Arbeiterschaft.

Welche Mittel gibt es nun, um diese Krise zu beheben? Die kapitalistische Wirtschaft kann diese Frage nicht lösen. Sie ist einzig und allein auf Gewinnstreben und Anhäufung neuen Reichtums eingestellt, ohne jedes Verantwortungsbewußtsein dem Volke gegenüber. Es kann uns nur eine Demokratisierung der Wirtschaft helfen, nur der soziale Wille kann eine bessere Zeit schaffen. Das Unternehmertum bäumt sich dagegen auf, man will die Herrschaft nicht verlieren. Hier am Erwerbslosenproblem zeigt sich der wirtschaftspolitische wie auch der sozialpolitische Kampf zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum in seiner schärfsten Form. Die Forderungen, die hierbei erhoben werden müssen, sind mannigfaltig. Zunächst muß eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten. Dadurch kann wieder eine Anzahl Arbeiter in den Produktionsprozeß eingereicht werden. Auch an eine Herabsetzung der Schulzeit ist zu denken. Die Altersgrenze der Invalidenversicherung muß herabgesetzt werden. Nicht zuletzt spielt auch die Erhöhung der Löhne zum Zweck eines höheren Konsums an Zivilisations- und Kulturgütern in dieser Frage eine bedeutende Rolle.

Wenn Herr Duisberg, ein bekannter Wirtschaftsjurist von heute, bei einem Abendessen jeder anwesenden Dame als Geschenk eine Handtasche aus Gold überreichen läßt, dann kann es doch eigentlich der deutschen Wirtschaft noch gar nicht so schlecht gehen. Und in Wirklichkeit ist die deutsche Wirtschaft auch nicht arm, lediglich durch eine ungerechte Verteilung sind wir in ein Mißverhältnis geraten. Und dieses Mißverhältnis zu beseitigen, ist wohl die größte und edelste Aufgabe der Gewerkschaften, ist ihre wirtschaftspolitische Mission. Diese Aufgabe ist eine geschlossene Arbeiterfront der Gewerkschaften. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist unmöglich, wenn die Arbeiter nicht in der Lage sind, sich zu wehren. Chemnitz. Walter Schöninger.

### Lohnabbau und Schlichtungsgedanke

Wie alle großen Arbeitskämpfe, so brachte auch der Berliner Metallkonflikt eine Belastungsprobe des Schlichtungsgedankens. Bald nach dem Ausbruch des offenen Kampfes hatte der Reichstag einen Antrag angenommen, wonach der Reichsarbeitsminister den alten Schiedspruch nicht für verbindlich erklären soll. Diese Stellungnahme des Reichstags hat dem Reichsarbeitsminister wenig gefallen, und die ihm nahestehende Presse hat in dem Eingriff des Parlaments in den Arbeitskonflikt bereits den Anfang vom Ende des Schlichtungswesens gesehen. Am Ende des Metallkonflikts steht eine böse Enttäuschung des Vertrauens der Arbeiterschaft gegenüber dem Gedanken unparteiischer, endgültig entscheidender Schiedsgerichte. Die Metallarbeiterschaft fühlt sich mit Recht betrogen.

Ohne Zweifel: der Schlichtungsgedanke hat durch den neuen Metallschiedspruch nicht gewonnen. Das ist auch die Auffassung der „Gewerkschaftszeitung“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Sie schreibt: „Die Möglichkeit, Lohnkonflikte von weittragender Bedeutung beizulegen durch ihre Überweisung an ein vereinbartes Schiedsgericht, dürfte für geraume Zeit nicht bestehen; denn die Arbeiter werden sich jählen, einem solchen ihr Schicksal anzuvertrauen. Das heißt: Falls der Regierung etwas daran gelegen war, die Lohnkonflikte des bevorstehenden Winters möglichst ohne schmerzliche Erschütterungen beizulegen, so hat sie durch den Berliner Schiedspruch eine Chance verloren. Das in Berlin angewandte Mittel steht vorläufig nicht zur Verfügung. Es ist leichtfertig vertan. Eine fruchtbarere Möglichkeit, den sozialen Frieden zu wahren, wurde eigenmächtig Interessen einer Gruppe von Industriellen zum Opfer gebracht. Die kommenden Kämpfe werden infolgedessen nicht leichter, sondern erbitterter, aufwändiger, verlustreicher sein.“

Das Schiedsgericht der Unparteiischen und die Reichsregierung, deren Politik, wie der Verlauf der Ereignisse zeigte, das Schiedsgericht tatsächlich beeinflusst hat, haben dem Schlichtungsgedanken keinen Dienst erwiesen. Gilt das nun auch für den Eingriff des Reichstags in den großen Lohnkonflikt? Die Befürchtungen der christlichen Gewerkschaftspresse, daß dieser Eingriff an den Grundfesten staatlicher und rechtlicher Ordnung rüttelte, die Unabhängigkeit der Richter und Richter bedrohte, sind bereits als Gespenschererei charakterisiert worden. Ebenso wurde die völlig unangebrachte Parallele zwischen Schlichter und Richter längst zurückgewiesen. Auf diese Dinge nochmals einzugehen, lohnt sich nicht. Notwendig

ist jedoch eine grundsätzliche Befassung der von den christlichen Kritikern aufgeworfenen Frage nach dem Verhältnis zwischen Schlichtung und Staat. Eine Klärung dieser Frage ist schon deswegen jetzt angebracht, weil durch die Entscheidung der Unparteiischen im Metallarbeiterkonflikt den heimlichen und offenen Gegnern des Schlichtungswesens, d. h. den Unternehmern und Kommunisten, es leicht gemacht wird, den Schlichtungsgedanken bei der Arbeiterschaft in Mißkredit zu bringen. Von besonderem Interesse ist unter diesen Umständen ein Schreiben von Clemens Nörpel, dem Arbeitsrechtler des ADGB, in der „Gewerkschaftszeitung“ veröffentlichter Artikel über „Politik und Schlichtung“.

Nörpel erinnert daran, daß nicht erst im Berliner Metallkonflikt, sondern auch im Arbeitskämpfe der Nordwestgruppe vom Herbst 1928 ein politischer Eingriff in das Schlichtungswesen erfolgte. Damals wollte der Reichstag die Anerkennung des Zwangstarifs durchsetzen, und im Berliner Metallkonflikt wollte er die Schaffung eines Zwangstarifs verhindern. Beide Fälle liegen grundsätzlich gleich. Für den, dem das Schlichtungswesen ein staatspolitisches Problem ist, stellen die erwähnten Eingriffe des Reichstags nichts Außergewöhnliches dar, und im Nordwestkonflikt hat der Reichstag sogar nahezu einmütig den Eingriff, d. h. die Vereitelung von Mitteln zur Unterstützung der von der Aussperrung des Arbeitgeberverbandes zur Beseitigung des Zwangstarifs betroffenen Arbeiter beschloßen.

Eine demokratisch-parlamentarische soziale Republik hat, so führt Nörpel im wesentlichen aus, selbstverständlich die Pflicht und die Aufgabe, Arbeitskämpfe wenn möglich zu vermeiden und die sozialen Belange der Arbeiterklasse, vor allem der Teile, die an sich kampfunfähig sind, zu sichern. Das ist die grundsätzliche Auffassung der Gewerkschaften, und deshalb wehren sie sich mit aller Entschiedenheit gegen die Vorschläge der Unternehmer, ein sogenanntes unabhängiges Schlichtungswesen mit einem gegenüber dem Reichstag und der Reichsregierung unabhängigen Hauptschiedsamt als Spitze zu schaffen. Aus dem gleichen Grunde sind sie Gegner der Auffassung des Reichsarbeitsgerichts über die Richtigkeit des sogenannten Einmannschiedspruchs. Dem Schlichtungswesen als staatspolitischem Problem entspricht gerade der Einmannschiedspruch. Mit der demokratisch-parlamentarischen sozialen Republik ist das Schlichtungswesen ausnahmslos verbunden. Die Überwindung des Arbeitskampfes ist ein von den Gewerkschaften grundsätzlich erstrebtes Ziel. Aber wie bei der Demokratie, so gibt es auch im Arbeitsproblem den Begriff der Notwehr. Die Gewerkschaften brauchen sich die Niederknüpfung der Interessen der Arbeiterklasse nicht widerstandslos gefallen zu lassen. Sie können alle mit dem Staatsbegriff zu vereinbarenden Mitteln anwenden, um sich gegen derartige Absichten zur Wehr zu setzen. Solche erlaubten Mittel sind nicht nur der Arbeitskämpfe, sondern auch des „Eingriffes“ des Reichstags; so lange noch kein Zwangstarif da ist. Daß solche politischen Eingriffe sich auch einmal gegen die Arbeiterschaft auswirken können, ist selbstverständlich. Aber das ist noch kein Anlaß, einen einmal für richtig erkannten Weg zu einem Ziel zu verlassen. Es gibt naturgemäß auch in der Politik für die Arbeiterklasse günstige und ungünstige Konstellationen. Man kann aber unmöglich das Schlichtungswesen nur in der günstigsten Situation anerkennen und in der ungünstigen verneinen. Heute, so schließt Nörpel seine Darlegungen, ist die politische und wirtschaftliche Situation so, daß die zur Zeit herrschenden Kräfte im Staat den Arbeiter vorübergehend vielleicht etwas zurückwerfen können. Die Gewerkschaften wehren sich dagegen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln — auch durch Einschaltung ihres ganzen Einflusses auf den Reichstag. Aber immer streben sie dem Ziel des demokratischen sozialen Staatswesens zu. Immer erkennen sie dabei auch das Schlichtungswesen in seiner Gestalt als staatspolitisches Problem an, und gerade darin liegt ihre Stärke; denn sie können nun auch unter ihren Mitgliedern die Auffklärung darüber verbreiten, daß für die gegenwärtigen Schlichtungsergebnisse Reichsregierung und Reichsarbeitsminister die volle Verantwortung tragen.

### Korrespondenzen

München. In der Bezirksversammlung am 21. Oktober hatte einen sehr guten Besuch zu verzeichnen. Eröffnet wurde sie durch zwei Reden des Kollegengangsvereins. Vorhergehend die Rede begrüßte alle erschienenen, besonders unsere Verhandlungsleitenden Kraus und den hier auf Besuch weilenden Gavorvorsteher Wilsdorf. Einige Mitteilungen wurden bekanntgegeben. Der Rahmenbericht vom dritten Vierteljahr lag gedruckt vor und Einwendungen wurden nicht erhoben. Dem feststehenden Kassierer, Kollegen Seele, wurde Entlastung erteilt. Abschied erhielt Kollege Kraus das Wort zu seinem Vortrag über „Die Gewerkschaften in Abwehrstellung“. In anerkennendsten Ausdrücken wies der Redner auf die sehr ungepfligte Lage auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet hin, deren Hauptursachen in den wirtschaftlichen Verhältnissen der ganzen Welt zu suchen seien. Dann ging er speziell auf die Lage in unserem Beruf ein, streifte die besonderen Verhältnisse, die zu starker Arbeitslosigkeit führten und erörterte Mittel und Wege, um einen Teil unserer arbeitslosen Kollegen wieder in den Produktionsprozeß einzureihen. Manche Krise schon habe der Verband überwunden. Komme auch immer was mag, Einigkeit und Geschlossenheit innerhalb unserer Reihen lassen uns jede Lage meistern, und nur kollegiale Solidarität führt zum erstrebten Ziel. Die ungeteilte Aufmerksamkeit und der überaus reiche Beifall am Schluß des Referats bewiesen, daß die Anwesenden mit dem Gehörten voll-



kommen inwiderstanden waren. Nach einer regen Aussprache klärte Kollege Krauß im Schlußwort noch einiges auf. Im Namen der Verammlung dankte Kollege Reichardt dem Referenten. Einstimmige Annahme fand ein Vorschlag des Vorstandes, ab 1. November auf vier Wochen 50 Pf. Extrabeitrag zu erheben. Weiterer findet Verwendung zur Weihnachtsunterstützung unfrer Arbeitslosen, Invaliden, Witwen und Waisen. Einige interne Angelegenheiten bildeten den Schluß der interessanten Versammlung.

**Berlin. (Handseker.)** Berichtigung. Im Versammlungsbericht Nr. 11 des „Korr.“ ist dem Schriftführer ein Fehler unterlaufen. Es heißt dort: „Mit dem Ausschluß des Arbeitsnachweises ist die Vereinbarung getroffen, daß in Zukunft Seher und Korrektoren, ebenso wie andre Sparten, nur nach der Eintragung vermittelt werden.“ Es muß heißen: „Beim Herausauschluß des Arbeitsnachweises ist beantragt worden, daß in Zukunft usw.“

**Breslau.** In unserer Versammlung am 22. Oktober referierte Kollege Reim über das Thema: „Die Lage der deutschen Arbeiterchaft“. Einleitend wies er darauf hin, daß die gegenwärtige schlechte Wirtschaftslage eine Weltwirtschaftskrise ist und nicht, wie von seiten der Nazi-partei immer wieder behauptet wird, die Folge des Versailleschen Friedensvertrages bzw. des Youngplans. Daß dem nicht so ist, zeigt die ungeheure Arbeitslosigkeit in fast allen Siegerstaaten, trotz unfrer Reparationszahlungen. Selbst Amerika, das Land des konzentrierten Kapitals, ist nicht von dieser Krise verschont geblieben. Die deutschen Kapitalisten versuchen nun, durch Lohnsenkungen einen Ausweg aus dieser Krise zu finden. Auf der andern Seite aber werden die Preise durch Trusts, Kartelle und Zölle künstlich hochgehalten. Alle Behauptungen, die nach dem Lohnabbau eine Preisentwertung prophezeien, sind als Phrasen zu bezeichnen. Im Gegenteil, die niedrige Inflationsrate aus den Abwertungsmaßnahmen wird die Kommunen zwingen, die Mieten, Gas, Elektrizitäts- und Straßenbahnpreise zu erhöhen, um die riesige Zahl von Wohlfahrtsempfängern im kommenden Hungerwinter durchzuführen. Dann freiste der Redner die letzten Reichstagswahlen, um der vielumstrittenen Politik der SPD, im Reichstag gerecht zu werden. Reicher Beifall lohnte dem Redner für seinen interessanten Vortrag, an den sich eine rege Diskussion schloß. In seinem Schlußwort forderte Kollege Reim die Kollegen auf, gleich welcher Richtung, auf die gewerkschaftliche Einheitsfront so zu wirken, daß alle feilschenden Angriffe an ihr zerfallen. Den anwesenden Gewerkschafter Fiedler hat er, sich bei den kommenden Tarifverhandlungen, das Stimmungsbild der heutigen Versammlung vor Augen zu halten, und ermahnte zum Schluß die Arbeitslosen, bei einem eventuellen Kampftreu zum Verband zu stehen. Mit ebenso regem Interesse folgte die Versammlung den Ausführungen des Kollegen Januschek, der über seine Tätigkeit im Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkassen berichtete. Mit der Regelung der Einziehung des Extrabeitrages zur Einbehaltung der Waisen- und Arbeitslosenkinder und einigen Mitteilungen fand die Versammlung ihren Abschluß.

**R. Essen.** Unsere letzte Versammlung am 20. Oktober gedachte zunächst in ehrender Weise der auf dem Schlachtfeld der Arbeit gefallenen Arbeitsbrüder im Ruhrgebiet und Saarrevier. Der weitere Verlauf der Versammlung stand stark unter dem Eindruck der gegenwärtigen Offensive der Druckereibesitzer gegen die Leistungslohnzulagen. Vorsitzender Bühning gab einleitend ein Bild von der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage und deren Ursachen, die für die Arbeiterchaft ungünstiger denn je seien. Daß diese Dinge sich auch im Buchdruckergewerbe stark bemerkbar machen, sei ohne weiteres verständlich. Die Arbeitslosigkeit sei in einer Weise gestiegen, wie sie schlimmer nur noch in der Übergangszeit von der Inflation zur festen Währung zu verzeichnen gewesen sei, und auch da nicht von dieser Dauer. Daß diese Situation von den Druckherren bzw. deren Baufragen jetzt ausgenutzt werde, sei nicht zu verwundern. In Essen trat als erste die Großfirma Girardet „führend“ auf den Plan, worauf die andern dann auch bald nachfolgten. In der anschließenden lebhaftesten Aussprache wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Abbaumassnahmen bei genannter Firma wohl nicht den höchst unsozialen Charakter angenommen hätten, wenn die dortige Betriebsvertretung nur noch etwas von ihrer früheren Aktivität behielten und nicht in völliger Passivität verharret hätte. So konnte in einem andern Fall befragt werden, daß die schwebenden Fragen in einem besseren, wesentlich erträglicherem Sinn geregelt wurden. Daß die Opposition glaube, in diesem wogenden mehrstündigen Meinungskampf ihr durch den Solinger Streitkrönung sei nur der Wollständigkeit halber erwähnt. Zum Schluß wurde aus der Versammlung heraus noch auf eine Notiz unter „Essen“ im „Typograph“ hingewiesen, worin gesagt wird, daß in einer Essener Druckerei ein Bündler durch Hänkeispiel der Verbandsmittglieder entlassen wurde. Hierzu wurde richtiggestellt, daß der Entlassungsgrund lediglich in der Person des Entlassenen selber zu suchen ist. Es konnte nachgewiesen werden, daß der Verfasser der Notiz einer unwarhren Berichterstattung zum Opfer gefallen ist.

**Hamburg. (Maschinenseker.)** In unserer Versammlung am 20. Oktober hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen, galt es doch, ein Referat des Vorsitzenden unfrer Zentralkommission, Kollegen W. Röderer, entgegenzunehmen. Zu diesem Zweck hatten sich auch die Lübecker Kollegen behelfsweise bei uns eingeschoben, und die Kieler Kollegen hatten ihren Vorsitzenden, Kollegen Cohen, entsandt. Nach begrüßenden Worten unfrer Vorsitzenden Ratho an unfrer Gäste gedachte er der Opfer der schweren Grubenkatastrophen in Alsdorf und im Saargebiet, fordernd, daß die Arbeitslosenhilfsbestimmungen mehr noch als bisher ausgebaut und vor allem auch beachtet werden. Das Gebot wurde von der Versammlung lebhaft angehört. Dann sprach der Vorsitzende den im Abwehrstreit stehenden Berliner Metallarbeitern unsere vollste Sympathie aus, wünschend, daß der Streit einen für die Arbeiter günstigen Ausgang nehmen möge. Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten sprach Kollege Röderer über: „Zeitströmungen“. Zu über einstündigen Ausführungen schloß er die politische und wirtschaftliche Lage vor

und nach dem Kriege. Besonders die Rationalisierung und die dadurch immer größer werdende Arbeitslosigkeit in den einzelnen Berufsgruppen fanden eingehende Betrachtung. Am Schluß seiner Ausführungen betonte der Referent, daß alle etwaigen Aktionen nur im Rahmen des Verbandes gemacht werden dürfen. Das Referat wurde von den Versammelten beifällig aufgenommen. Die darauf eingehende Aussprache war recht lebhaft, aber sachlich wie immer. Fast alle Diskussionsredner waren in der Beurteilung der vom Referenten aufgeworfenen „Zeitprobleme“ zum Teil gegensätzlicher Ansicht. Es wurde vor allem auch bemängelt, daß der Referent nicht die speziellen Fragen der Maschinen-seker ausgiebiger behandelt habe. Nach einem Schlußwort des Referenten und nach Bekanntgabe einiger geschäftlicher Mitteilungen fand die überaus anregend verlaufene Versammlung ihr Ende. — Nachmittags besichtigten die Lübecker Kollegen das Planetarium und abends fanden wir uns mit unfrer Gästen in der „Heimstätte“ zu einem gefelligen Beisammensitzen zusammen.

**Beipzig.** Inre Gaumitgliederversammlung am 20. Oktober hatte einen Massenbesuch aufzuweisen wie nur wenige in der Nachkriegszeit. Im großen Volkshaus saßen und standen die Kollegen dicht gedrängt, um die Ausführungen unfrer Verbandsvorsitzenden, Kollegen Krauß, über „Die Gewerkschaften in Abwehrstellung“ zu hören. Seine Darlegungen begannen mit dem Hinweis, daß wir augenblicklich in einer außerordentlichen Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse leben. Die Ursache für die gegenwärtig katastrophalen Zustände liegen nicht allein in den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen in Deutschland, sondern in denen der ganzen Welt. Für die Gewerkschaften erstreckt sich vor allem die Frage, wie können die Millionen tatenloser Hände wieder untergebracht werden und wie verhalten sich die Gewerkschaften gegenüber den Angriffen gegen alle sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften der Nachkriegszeit. Die jetzige Krise hat einen besonders ernsten Charakter, deshalb müssen wir die Dinge realpolitisch betrachten und nicht agitatorisch. Kollege Krauß behandelte eingehend die wirtschaftlichen Veränderungen in der Nachkriegszeit. Amerika ist heute der Gläubigerstaat Europas, außerdem der Konkurrenz mit seinen Güterzeugnissen — während früher umgekehrt Europa der Lieferant Amerikas war. England ist in seiner Wirtschaftsstruktur völlig verschieden von der Vorkriegszeit. Der indische Industrialisierungsprozeß nahm England die ostasiatischen Märkte, wie sich überhaupt die Dominanz industriell emporgestiegen. Deutschland mußte durch die Weltwirtschaftskrise besonders hart getroffen werden, weil es neben der allgemeinen Notlage auch noch die Tributlasten zu tragen hat. Kollege Krauß schilderte hierbei die verschiedenen Phasen des Reparationsproblems, indem er zeigte, wie ein Plan den andern ablöste. Er erklärte dabei, daß man allerdings die Tributlasten nicht durch scharfe Forderungen beseitigen könne, sondern daß das Problem durch eine gegenseitige Verständigung einer Lösung zugeführt werden müsse. Er kam dann auf die Rationalisierungsbestrebungen in Deutschland zu sprechen. Aus Amerika sei uns die rationelle Betriebswissenschaft überliefert worden. Die Gewerkschaften konnten das nicht verhindern, sie wollten es auch nicht. Allerdings kommt es dabei auf das Ziel an, das heißt auf die Erreichung einer wirklichen Progressivität der Wirtschaft. Spure ist der Rationalisierungsprozeß zum Stillstand gekommen. Während aber Amerika seine Löhne dabei erhöht hat, haben wir in Europa nichts davon gesehen. Die Gewerkschaften fordern, daß die Ergebnisse der Rationalisierung auch der Arbeiterchaft zugute kommen, d. h. daß die reale Kaufkraft gestärkt und die Arbeitszeit verkürzt wird. In den Jahren 1925 bis 1929 sind in Deutschland durch die Rationalisierung zwei Millionen Arbeitskräfte freigelegt worden. Trotzdem ist eine Steigerung der Beschäftigtenzahl statistisch festzustellen. Eine eingehende Erörterung durch den Redner erforderten auch die Forderungen des ADGB, im letzten veröffentlichten Manifest, vor allem das Verlangen nach einer gleichzeitigen Arbeitszeitverkürzung, welches Problem nicht wieder von der Tagesordnung verschwinden wird. Den Lohnsenkungsbestrebungen der Unternehmer müsse der allerhöchste Widerstand entgegengesetzt werden. Kollege Krauß behandelte hierbei bei der Berliner Metallarbeiterchaft und die Bemühungen, im rheinisch-westfälischen Bergbau einen Lohnabbau vorzunehmen. Nach seiner Überzeugung fällt in den Schlüsselindustrien die Entscheidung. Nach einem Hinweis auf die Harzburger Tagung der Buchdruckunternehmer und die dort aufgetretenen Tendenzen wurde auf die Uneinigkeit in der Arbeiterchaft verwiesen, vor allem auf die Spaltungsbestrebungen der RPD, durch die sogenannte RGD. Was uns heute dringend nötig ist, sei die Einheit in den Gewerkschaften. Diese Kraft der Einheit muß von hier auf die politischen Parteien überspringen, aber nicht so, daß sich eine übergroße Mehrheit einer Minderheit unterordnet. Nur fester Zusammenhalt und unverbrüchliche Solidarität führen zum Sieg. Diesen anfeuernden Schlusssapell schloß Kollege Krauß mit der Mahnung, sich abzuwenden von aller Katastrophopolitik, dem Fortschritt die Bahn freizuhalten, und, wenn es sein muß, auch den Boden, auf dem sich unfrer Arbeit entfaltet, die Verfassung und die freie deutsche Republik mit Leib und Leben zu schützen. Der Kampf der Gegenwart ist ein Kampf der Verteidigung des Errungenen, das man uns wieder zu entreißen droht; aber er geht auch um das alte Ziel der Arbeiterbewegung, um die Erreichung einer freien sozialistischen Zukunftsgemeinschaft! Lebhafter Beifall folgte als Dank für die klaren und ausgezeichneten Gedankengänge. In der Aussprache beantwortete Kollege Böttcher die Einheit der Arbeiterchaft. Er zog aber andre politische Schlußfolgerungen als der Referent aus der gegenwärtigen ernsten Lage und fordernde auch sonst eine härtere Aktivität. Zum Schluß seiner Ausführungen begründete er eine lange Entschuldigungsrede, die im wesentlichen die Forderungen des ADGB, im Manifest enthält, als Exekutive aber einen Reichsbetriebsratelngreß verlangt. Im stärkeren Vertrauen zur Führung der gewerkschaftlichen Organisationen lehnte die Versammlung diese Entschuldigungsrede mit überwältigender Mehrheit ab. Nachdem noch zwei extrem-kommunistisch eingestellte Kollegen sich ihre Konfusion heruntergeredet hatten, zeigte die Versammlung für diese „revolutionär-gewerkschafts-opponentelle“ Einstellung so wenig Verständnis, daß sich nicht einmal 40 Hände zur Unterstützung für die eingereichten Entschuldigungen fanden. Der zufällig anwesende Gau-

vorsteher Wislaug (Weimar) stellte einige unwahre Behauptungen eines kommunistischen Redners über die Vorgänge bei der Firma Vogel in Wögned richtig und zeigte im Anschluß die kommunistische Theorie und Praxis in den Fewag-Betrieben in Thüringen im Lichte gewerkschaftlicher Kritik. In Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit und der unweiselichen Kritik wurde auf ein Schlußwort verzichtet. Vor dem Referat hatte Kollege Hessele in der Vereinsberichter auf die steigende Zahl der Arbeitslosen hingewiesen, die in der Woche die Höhe von 1500 erreicht hatte. Eine Erörterung erforderten die Lohnabbauveruche verschiedener Unternehmer, die wenn sie auch vereinzelt vorkommen, eine entschlossene Abwehr bei der Kollegenchaft finden müssen. Nach einem Hinweis auf die Ausschreibung und Befragung eines Hilfsbeamtenpostens im Gaubüro für einen ausgeschiedenen Kollegen wurde ein Antrag des Gauvorstandes behandelt, der wie alljährlich der Arbeitslosen, Kranken und Invaliden eine kleine Weihnachtsunterstützung im Betrage von 10 M. zumachen lassen will. Zur Deckung dieser Ausgaben ist ein Extrabeitrag von wöchentlich einer Mark für kurze Zeit vorzusehen. Kollege Hessele begründete diese Maßnahme eingehend. In der Aussprache wandten sich einige Kollegen gegen die Erhebung eines Extrabeitrages, aber bei der Abstimmung stimmten noch keine 100 Kollegen von der überfüllten Versammlung gegen den Vorschlag des Gauvorstandes. Für die streitenden Berliner Metallarbeiter wurde eine Sympathieerklärung einstimmig angenommen. Die Versammlung war von einem prächtigen Geist erfüllt und zeigte vor allem den entscheidenden Abwehrwillen gegen alle Bestrebungen des Unternehmertums, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterchaft zu verschlechtern. Weiterhin eine solche Aktivität gezeigt, dann werden wir Sieger bleiben!

**Magdeburg.** Inre Versammlung am 28. Oktober hatte schwachen Besuch aufzuweisen. Vorsitzender Bickel gedachte zunächst in ehrenden Worten eines verstorbenen Kollegen. Unter „Geschäftlichem“ konnte mitgeteilt werden, daß auch in diesem Winterhalbjahr die hiesige Ortsgruppe des Bildungsverbandes wieder zahlreiche Kurse und Vorträge abhält. Die Kollegen wurden erjucht, diese Veranstaltungen ständig zu besuchen, um ihr berufliches und allgemeines Wissen zu bereichern und dadurch eine Besserstellung ihrer wirtschaftlichen Lage herbeizuführen. Auch die Lehrlinge können an allen Veranstaltungen teilnehmen. Nach Erledigung mehrerer innerer Angelegenheiten hörten wir einen Vortrag des Professors Dr. Ditten über „Steuerergütung, ihre Ursachen und Bekämpfung“. Aufmerksamkeit folgten die Kollegen den Ausführungen des Referenten, insbesondere seinen Darlegungen über die Auswirkungen der Steuerertragungen in den einzelnen Berufsarten, insbesondere im Buchdruckergewerbe. Der Referent gab auch wertvolle Hinweise, die oft leistungsmäßigerweise nicht beachtet werden und so zur Verschlimmerung der Krankheit beitragen. Zum Schluß seiner Ausführungen machte er auf die von der Stadt Magdeburg eingerichtete Berufsgesundheitsberatungsstelle aufmerksam. Hier besteht die Möglichkeit, sich zu jeder Zeit kostenlos beraten zu lassen. **Rebberber.** Beifall folgte den Ausführungen. Die anschließende Diskussion war sehr lebhaft. Kollege Seemann in der Berichterstattung einer Krankentafelenauswertung der Allgemeinen Ortskrankenkassen. Die Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten sollten, wie von der Rotterordnung verlangt, die Kaufleistung der Beiträge beschließen. Da ein einheitlicher Beschluß nicht zustande kam, muß die Angelegenheit dem Oberverwaltungsamt Magdeburg unterbreitet werden, das nach den Bestimmungen der Rotterordnung von sich aus den neuen Beitrag für die Krankentafel festsetzt, hoffentlich zugunsten der Versicherten. Kurzarbeit wird in einigen Firmen geleistet. Es wird erjucht, sich vor Einführung von Kurzarbeit mit dem Vorstand in Verbindung zu setzen. Mit der Erledigung verschiedener Anfragen fand die Versammlung ihren Abschluß.

**München. (Korrektoren.)** In der Versammlung am 26. Oktober wurde nach zustimmender Erledigung eines Aufnahmegesuches aus Rempen und eines Ausschusses wegen Kesten sowie Kenntnisnahme verschiedener Zuschriften aus den Ortsgruppen auch zur Frage der Kleinrentierung Stellung genommen. Nach einem Vortrag des Kreisvorsitzenden im Bildungsverband, Kollegen Mueß, über deren Möglichkeit und Notwendigkeit, und nach eingehender Aussprache, in der alle technischen und sprachlichen Fragen, die damit zusammenhängen, sowie das groß- und kleinrentenberische Durcheinander im Duben erörtert wurden, kam die Versammlung zu folgender Aufstellung: „Die Kleinrentierung ist nicht ohne weiteres zu verwerfen. Vor jeder Überleitung oder Nichtachtung des Entwicklungsgesetzes ist aber dringend zu warnen. Daß die Buchdrucker, speziell die Korrektoren, neben andern beruflichen Organen an dieser Reform mitwirken, ist selbstverständlich. Einer Neuerung der Kleinrentierung in zweckmäßiger Form vertritt sich die Versammlung im Prinzip nicht. Wenn aber die Einführung kommen sollte, dann ist gleich ganze Arbeit zu machen.“

**Münster i. W. (Handseker.)** Inre Versammlung am 26. Oktober war einigermaßen gut besucht. Vorsitzender Rogge gab einen kurzen Bericht über den Mitgliederstand der Vereinigung und über den Stand der Arbeitslosigkeit. Auch wies er auf die Kurzarbeit und den Abbau der Leistungszulagen in einigen Handsekerarbeiten hin. Dann brachte er Vorkommnisse in hiesigen Druckereien zur Sprache. Auch die neue Lehrkräftestafel wurde erwähnt, ferner die Wänderung des § 3 Ziffer 7. Die Ausführungen wurden unterstützt vom Ortsvorsitzenden Greiner und vom Lehrkräftesteller Bröcher. Den Rollenbericht der drei Quartale gab Kollege Rortmann. Die Mitgliederzahl betrug im ersten Quartal 81, im zweiten 88 und im dritten 83. Der Vorsitzende sprach dann über das Winterprogramm. Es sind vorzusehen: Vorträge über Sachbeispiele, Musiknoten, Rechtsprechung und Lichtbildvorträge. Kollege Konrad vom Bildungsverband gab in kurzen Zügen einen Bericht von der Mindener Tagung. Es wäre angebracht, wenn der Bildungsverband und die Handsekervereine sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen würden, man könnte dann gemeinsame Arbeit verrichten. Diese Anregung fand allgemeine Zustimmung. Durch die Gründung der Handsekerpartei sei nunmehr der Ring der Sparten innerhalb unfrer Verbandes geschlossen. Der Vorstand will mit dem andern





Bestimmte Eingänge

Archiv für Buchgewerbe und Verlagswesen des Deutschen Buchgewerkschafts...

Sais die langen Winterabende!

Die Mitglieder der Gächergilde Gutenberg haben freie Auswahl unter jetzt 114 Bänden...

„Gewerkschafts-Archiv“ Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung...

Die Arbeit, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftspolitik...

Die Gemeinde, Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land...

„Arbeitswelt“, Eine Halbmonatsschrift, Erscheint an jedem zweiten Sonntagabend...

„Gehäuse“, Zeitschrift für geschäftliche Lebensführung des beruflichen Volkes...

„Kulturwelt“, Monatsblätter für Kultur der Arbeiterklasse...

„Sozialistische Bildung“, Zeitschrift für die Arbeiterklasse...

„Reproduktion“, Monatshefte für photographische Reproduktionsverfahren...

„Wohnungswirtschaft“, Zentralorgan für die Wohnungswirtschaft aller Städte...

„Der Arbeiter“, Zeitschrift für die Arbeiterklasse...

„Der Arbeiter“, Zeitschrift für die Arbeiterklasse...

„Der Arbeiter“, Zeitschrift für die Arbeiterklasse...

Gelborten

In Anklam am 3. November der Seher Rudolf Jung von dort, 67 Jahre alt...

In Anklam am 20. Oktober der Seher Georg Erd von dort, 41 Jahre alt...

In Anklam am 5. November der Seher Hugo Desensbruch von dort, 66 Jahre alt...

In Anklam am 25. Oktober der Buchdrucker Gustav Erd von dort, 67 Jahre alt...

In Celle i. S. am 20. Oktober der Buchdruckerbesitzer Wilh. Stöber...

In Celle am 31. Oktober der Maschinenfeber Max Richter aus Celle, 67 Jahre alt...

In Celle am 10. November der Seher Ewald Blafsch aus Celle-Gommern, 68 Jahre alt...

In Gießen am 10. November der Invalide Fritz Schorfer aus Gießen, 75 Jahre alt...

In Gießen am 4. November der Seher Ernst Dugaen, 20 Jahre alt...

In Hamburg am 10. November der Seher Ferdinand Pfeil von dort, 68 Jahre alt...

In Karlsruhe am 6. November der Obermaschinenmeister Theodor Schreier von dort, 70 Jahre alt...

Briefkasten

H. B. in Göttingen: Dank und Gruß... F. P. in Ulm: Dank für Zusendung...

Verbandsnachrichten

Verbandsbüro: Berlin SW 61, Dreilindstraße 5. Fernruf: Amt Bergmann Nr. 1101, 3141-3145...

Zur Aufnahme gemeldet

Im Gau Erzgebirge-Vogtland der Seher Willi Schuber, geb. in Völsdorf i. Erzgeb., ausgef. in Chemnitz 1914...

Adressenveränderungen

Kaufmann i. Thür., Kassierer: Alfred Ribbenheim, Karolinenstraße 18.

Reise- und Arbeitslosenunterstützung

Hauptverwaltung, Bericht vom Monat September 1930. Auf der Reise: 1103 Mitglieder...

Table with columns: Beschäftigungsart, in der Reiseunterstützung, in der Ortsunterstützung, Unterst. insgesamt

Im Unterst. bezug verblieben am 27. September 1930: 4544 Mitglieder.

Unterstützungstage im September 1929: 143.005

Daher mehr Unterstützungstage im September 1930: 46.268

Unterstützung wurde gezahlt: in der Reiseunterstützung: 46.674,61 RM...

Arbeitslosenunterstützungstage wurden gezahlt: im dritten Quartal 1929: 412.800 Tage...

mehr im dritten Quartal 1930: 131.796 Tage

An Hofstadterunterstützung: im September 1930: 117.197,50 RM

Dahme (Wart), Die Auszahlung des Kapitulum 8 an durchreisende ausgediente Kollegen erfolgt...

Berlammungs-Kalender

Dresden, Korrektorenversammlung, Sonnabend, den 22. November, abends 7 1/2 Uhr...

Anzeigenpreise: 15 Pf. die Sechseckspaltige Millimeterhöhe für Stellenangebote...

Elektro-Sprechapparate, ohne Anzahlung, Rate 75 an, ZIERER & Co. BERLIN, KOMMANDANTENSTR. 45

Vergriffen, Deutsche Buchdrucker-Kalender 1931, Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker...

Anzeigen

Flachdrucker, Rotationsmaschinenmeister, Maschinenmeister, Korrektor, Rotationsdrucker, Klubmöbel, Korbmöbel, Korrektorstelle befehlt!

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst erscheinende Nummer...

Diplome, Fahnen, Winkelhaken, Kollegen, Feinr. Rothmann, Oswald Blasche, Alwin Thumrich, Dresdener Buchdrucker-Verband, Oskar Finner